



**SCHWEIZERISCHE FLÜCHTLINGSHILFE**

ORGANISATION SUISSE D'AIDE AUX RÉFUGIÉS

ORGANIZZAZIONE SVIZZERA AIUTO AI RIFUGIATI

**SFH OSAR**

# Sri Lanka – aktuelle Situation

## Update

Mayam Vije

Bern, 16. Februar 2004

MONBIJOUSTRASSE 120 • POSTFACH 8154 • CH-3001 BERN  
TEL 031 370 75 75 E-MAIL [INFO@sfh-osar.ch](mailto:INFO@sfh-osar.ch)  
FAX 031 370 75 00 INTERNET <http://www.sfh-osar.ch>  
PC-KONTO 30-16741-4 SPENDENKONTO PC 30-1085-7

MEMBER OF THE EUROPEAN COUNCIL ON REFUGEES AND EXILES  MITGLIED DER ZEW O

## Angaben zum Autor:

Mayam Vije ist Koordinator des Sri Lanka Projekts (SLP) des British Refugee Council (BRC). Er war mit dieser Aufgabe seit ihrem Beginn im Jahr 1988 befasst. Das Ziel des SLP ist es, die Aufmerksamkeit auf die Situation in Sri Lanka zu lenken, insoweit sie Asylsuchende, Flüchtlinge und intern Vertriebene betrifft. Ausserdem informiert das Projekt Freiwilligenorganisationen und Flüchtlinge in Grossbritannien, in und ausserhalb Europas über die aktuelle Situation, um Beurteilungen, ob eine Rückkehr möglich ist, zu unterstützen. Der Autor ist auch Herausgeber des monatlichen Newsletter "Sri Lanka Monitor".

*Das englische Original des Updates findet sich auf der Website der Schweizerischen Flüchtlingshilfe, [www.fluechtlingshilfe.ch](http://www.fluechtlingshilfe.ch). In der deutschen und französische Übersetzung wurde die Zahl der Fussnoten aus Platzgründen reduziert.*

## Impressum

<b>HERAUSGEBERIN</b>	 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH Postfach 8154, 3001 Bern Tel. 031 / 370 75 75 Fax 031 / 370 75 00 E-Mail: <a href="mailto:INFO@sfh-osar.ch">INFO@sfh-osar.ch</a> Internet: <a href="http://www.sfh-osar.ch">www.sfh-osar.ch</a> PC-Konto: 30-1085-7
<b>AUTOR</b>	Mayam Vije
<b>ÜBERSETZUNG</b>	Rainer Mattern, Fernanda Benz
<b>SPRACHVERSIONEN</b>	englisch (Original), deutsch, französisch
<b>PREIS</b>	Fr. 20.-- inkl. 2,4 Prozent MWSt., zuzgl. Versandkosten
<b>COPYRIGHT</b>	© 2004  Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Politische Situation</b> .....	<b>1</b>
1.1	Waffenstillstandsabkommen .....	1
1.2	Fortdauernde politische Spannungen .....	1
1.3	Übergangsverwaltung .....	2
1.4	Der Rückzug Norwegens .....	2
1.5	Das Abkommen zwischen JVP und SLFP .....	3
1.6	Die Parlamentswahlen im April 2004 .....	3
<b>2</b>	<b>Sicherheitssituation</b> .....	<b>4</b>
2.1	Hochsicherheitszonen .....	4
2.2	Fonseka-Bericht .....	4
2.3	Die Anerkennung der Sea Tigers .....	5
2.4	Die Rolle Indiens .....	6
2.5	Weitreichende Aufklärungspatrouillen (Long Range Patrols) .....	6
2.6	Religiöse Intoleranz .....	6
<b>3</b>	<b>Justizsystem</b> .....	<b>7</b>
3.1	Die Justiz Sri Lankas .....	7
3.2	Justizsystem .....	7
3.3	Die LTTE-Administration .....	8
<b>4</b>	<b>Menschenrechtssituation</b> .....	<b>8</b>
4.1	Friedensprozess und Menschenrechte .....	8
4.2	Menschenrechts-Institutionen .....	9
4.3	Antiterrorgesetz: Prevention of Terrorism Act (PTA) .....	9
4.4	Festnahme und Haft .....	10
4.5	Folter .....	10
4.6	Verschwindenlassen .....	11
4.7	Angriffe auf Zivilpersonen .....	12
4.8	Verstöße der LTTE .....	12
4.9	Rekrutierung von Kindern .....	13
4.10	Muslimen .....	13
4.11	LTTE-Steuern .....	14
4.12	Bewegungsfreiheit .....	14
<b>5</b>	<b>Humanitäre Lage</b> .....	<b>15</b>
5.1	Unterausschuss für sofortige humanitäre Hilfe und Wiederherstellung (SIHRN) .....	15
5.2	Intern Vertriebene und Flüchtlinge .....	15
5.3	Bedürfnisse der Rückkehrenden .....	16
5.4	Die Problematik der Landminen .....	16
5.5	Rechtliche Probleme .....	17
<b>6</b>	<b>Schluss</b> .....	<b>17</b>



# 1 Politische Situation

## 1.1 Waffenstillstandsabkommen

Nach zwanzigjährigem Krieg unterschrieben die srilankische Regierung und die tamilischen Befreiungstiger LTTE (Liberation Tigers of Tamil Eelam) am 22.02.02 unter Vermittlung Norwegens ein Waffenstillstandsabkommen und liessen dadurch die Hoffnung auf eine dauerhafte Lösung des 50 Jahre alten Konfliktes aufkommen. Es wurde ein Ausschuss zur Beobachtung des Waffenstillstandes, die Sri Lanka Monitoring Mission (SLMM), unter der Führung Norwegens eingesetzt. Am 16.09.02 begannen die sechs Monate dauernden Friedensverhandlungen. Die Regierung Sri Lankas hob das Verbot gegen die LTTE als terroristische Organisation auf und die LTTE erklärten, sie verzichteten auf einen unabhängigen Staat im Nordosten der Insel. In den Friedensverhandlungen in Oslo im Dezember 2002 beschlossenen beide Parteien, nach einer politischen Lösung zu suchen. Diese sollte auf einer Selbstverwaltung der tamilischen Siedlungsgebiete und auf einem föderalen Aufbau in einem vereinigten Sri Lanka basieren. Es wurden vier Unterausschüsse eingesetzt, die sich mit Rehabilitierungsmassnahmen, militärischer Deeskalation, politischen Lösungsansätzen und geschlechtsspezifischen Fragen beschäftigen sollten.

## 1.2 Fortdauernde politische Spannungen

Am 21.04.03 zogen sich die LTTE von den Friedensgesprächen zurück. Sie beschuldigten die Regierung, die gemeinsamen Beschlüsse aus den sechs Gesprächsrunden nicht umzusetzen. Insbesondere bezogen sich die Tiger dabei auf die militärische Besetzung tamilischen Lands und auf die Weigerung, die Vertriebenen zurückkehren zu lassen. Das Fass zum Überlaufen brachte schliesslich der Ausschluss der LTTE vom Vorbereitungstreffen am 14.04.03 in Washington für die Tokio-Geberkonferenz. Die srilankische Regierung wolle ein internationales Sicherheitsnetz schaffen, um mit dessen Hilfe die LTTE zur Akzeptanz einer "verwässerten" politischen Lösung zu zwingen. Die USA verwiesen aber darauf, dass die LTTE in den USA, Grossbritannien, Kanada und Indien nach wie vor als verbotene, terroristische Organisation gelten und deshalb aus rechtlichen Gründen nicht an die Konferenz eingeladen werden konnten.

Für den Friedensprozess ist es von enormer Bedeutung, dass sowohl die Regierungspartei United National Front (UNF) von Premierminister Ranil Wickremasinghe als auch die Oppositionspartei People's Alliance (PA) der srilankischen Präsidentin Chandrika Kumaratunga zusammenarbeiten. Für die Annahme einer neuen Verfassung auf der Grundlage eines föderalen Staatsaufbaus braucht es eine Zweidrittelmehrheit im Parlament. Keine der beiden Parteien kann eine solche Mehrheit alleine erreichen. Alle Bemühungen um einen Konsens zwischen den beiden Parteien sind gescheitert. Seit die PA die allgemeinen Wahlen im Dezember 2001 verloren hat, ist die Beziehung zwischen beiden Parteien noch angespannter. Am 18.11.03 wurde ein vierköpfiger Vermittlungsausschuss eingesetzt, der bis Februar 2004 jedoch noch erfolglos war.

Präsidentin Kumaratunga beklagte sich darüber, für das Waffenstillstandsabkommen vom Februar 2002 nicht konsultiert worden zu sein und drohte mit der Auflösung des Parlaments, in dem die UNF eine Mehrheit inne hat. Sie übte auch zunehmend Kritik an Norwegen, das die Souveränität Sri Lankas verletze und die LTTE unterstütze. Sie brachte am 09.05.03 die



Entwicklungslotterie (Development Lotteries Board)<sup>1</sup> unter ihre Kontrolle. Die Regierung drohte daraufhin, die Präsidentin ihres Amtes zu entheben und versuchte deren Befugnis zur Parlamentsauflösung mit der 19. Verfassungsänderung einzuschränken. Doch lehnte der Oberste Gerichtshof die Verfassungsänderung ab, mit der Begründung, das Parlament könne die grundlegenden Strukturen der Verfassung nicht ändern, ohne ihren Charakter zu beschädigen.

### 1.3 Übergangsverwaltung

Der Forderung der LTTE für eine Übergangsverwaltung im Norden und Osten Folge leistend, reichte die Regierung am 17.07.03 einen Lösungsvorschlag ein. Dieser sieht eine provisorische Verwaltung des Nordostens mit einer LTTE-Mehrheit vor. Diese Verwaltung sollte bei regionalen Angelegenheiten über Exekutivbefugnisse verfügen – unter Ausschluss des Sicherheits- und Polizeiwesens, des Grundeigentums und der Fiskalpolitik. Am 31.10.03 unterbreiteten die Tigers einen eigenen Vorschlag für eine Interimsverwaltung, die ISGA (Interim Self-governing Authority). Laut diesem soll die ISGA unter LTTE-Mehrheit bestimmen über die Bereiche Verwaltung und Finanzen einschliesslich Steuerwesen, Kreditwesen, Subventionen, Import und Export, Grundeigentum, Verwendung natürlicher Ressourcen, See- und Küstenwache der anliegenden Meere sowie das Rechtssystem. Ein eigenes Justizsystem soll weiterbestehen.

Die srilankische Regierung befand zwar, der Vorschlag der LTTE gehe über das Modell einer Dezentralisierung hinaus und münde eher in eine Konföderation, erklärte sich aber zu Verhandlungen bereit. Die Präsidentin, ihre Partei "People's Alliance" (PA) und die oppositionelle Partei "People's Liberation Front" (JVP) hingegen verwarfen den Vorschlag der LTTE, weil er die Souveränität von Sri Lanka untergrabe und als Sprungbrett zur Sezession des Nordostens diene. Am 04.11.03 übernahm die Präsidentin die drei Ministerien Verteidigung, Inneres und Medien und löste bis zum 19.11.03 das Parlament auf. Der Sri Lanka Muslim Kongress (SLMC) verkündete im Dezember, der Vorschlag der LTTE berücksichtige keine Anliegen der muslimischen Gemeinschaft, weshalb sie einen eigenen Vorschlag einreichen würden.

### 1.4 Der Rückzug Norwegens

Der stellvertretende Aussenminister Norwegens Vidar Helgesen gab am 14.11.03 bekannt, dass Norwegen seine Beteiligung am Friedensprozess aufkünde. Es sei kein Raum für weitere Friedensbemühungen vorhanden, solange es keine klare Regelung der politischen Instanzen in Colombo gäbe. Die Sri Lanka Monitoring Mission (SLMM) werde ihre Arbeit fortführen. Doch äusserte Norwegen Bedenken zur Aufrechterhaltung des Waffenstillstandes wegen des politischen Vakuums und den mangelnden Fortschritten in den Friedensverhandlungen. Die Präsidentin forderte, dass der Premierminister die Friedensverhandlungen mit den LTTE fortsetze. Dieser weigerte sich jedoch, solange er nicht die volle Kontrolle über das Verteidigungsministerium erhalte. Die Präsidentin selber kann den Friedensprozess nicht vorantreiben, da die LTTE ihren Handlungen gegenüber sehr kritisch sind.

---

<sup>1</sup> Die Development Lotteries Board ist eine Institution der Regierung, die durch eine Art von Glücksspiel Geld sammelt. Sie wurde gegründet, um Geld für den Fonds der Präsidentin aufzubringen, der wiederum für verschiedene Projekte zu Ausbildung und Gesundheit gedacht war. Dass die Präsidentin den Premier nicht informierte, hat zu einer Störung der Zusammenarbeit zwischen Präsidentin und Regierung geführt.

## 1.5 Das Abkommen zwischen JVP und SLFP

Trotz ideologischer Unvereinbarkeiten unterschrieben die Hauptakteure der Volksallianz (PA), der Präsidentin, die Sri Lanka Freiheitspartei (SLFP) und die Oppositionspartei (JVP) am 20.01.04 eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit und gründeten die United People's Freedom Alliance (UPFA) mit dem Hauptziel, eine wählbare Oppositionspartei gegenüber der UNF zu bilden. Die JVP hat sich lange gegen Gespräche mit den LTTE gewehrt und eine militärische Lösung befürwortet. Die SLFP glaubt, dass der Konflikt in Sri Lanka durch Übertragung von Regierungsgewalt gelöst werden kann. Die JVP hingegen ist der Ansicht, dass nur die Verwaltung lokal dezentralisiert werden solle, jedoch ohne Übertragung von Regierungsgewalt. Diese Differenzen der beiden Parteien wurden im Übereinkommen festgehalten.

Laut dieser Vereinbarung bedroht der Friedensprozess zwischen Regierung und LTTE die Souveränität und Integrität von Sri Lanka. Die Lösung des ethnischen Problems solle "durch einen korrekten Dialog mit den LTTE und anderen wichtigen Gruppen und Gemeinschaften" gefunden werden. Die LTTE hingegen halten an der Regierung als alleinigem Verhandlungspartner fest und sehen in der Vereinbarung von SLFP und JVP eine Bedrohung des Friedensprozesses, die zum Krieg führen könne. JVP und SLFP haben auch die Rolle der norwegischen Vermittlung in Frage gestellt. Besonders die JVP hat viele Demonstrationen mit der Forderung eines Rückzugs der Norweger und der SLMM organisiert. Jetzt verlangen beide Parteien Neuverhandlungen des Waffenstillstandes. Am 02.02.04 schlossen sich vier weitere Parteien der UPFA an – u.a. die Muslim National Unity Alliance (NUA) und die People's United Front (MEP). Der linke Flügel der PA, die Community Party (CP) und die Lanka Equal Rights Party (LSSP) hingegen verweigerten einen Beitritt, da sie mit der Politik der JVP nicht einverstanden sind. Die marxistische JVP zeigte in den vergangenen Jahren nationalistische und chauvinistische Tendenzen und wird möglicherweise einen grossen Einfluss auf die Politik der UPFA ausüben. Die neue Allianz UPFA wird zweifellos ein Stolperstein für den Fortschritt der Verhandlungen sein.

## 1.6 Die Parlamentswahlen im April 2004

Präsidentin Kamaratunga löste das Parlament am 07.02.04 auf und kündigte Neuwahlen für den 02.04.04 an. Die aktuelle Hauptsorge gilt der extremen Gewalt, welche jeweils von Wahlen in Sri Lanka "erzeugt" wird. Im Vorfeld und während der letzten Parlamentswahlen im Oktober 2000 und Dezember 2001 gab es 4300 gewalttätige Zwischenfälle mit 110 Morden und 200 versuchten Tötungen.<sup>2</sup> Zusätzlich hat die Präsidentin zwei Mitglieder ihrer Partei zu Kabinettsministern ernannt ohne dies mit dem Premierminister zu diskutieren.<sup>3</sup>

Die tamilische Partei Eelam People's Democratic Party (EPDP) hat der PA bereits Unterstützung zugesagt. Die singhalesische nationalistische Partei Sihala Urumaya verkündete, dass sie der UPFA nicht beitreten will. Die SLMC liess verlauten, sie wolle diesmal – im Gegensatz zu den letzten Wahlen – alleine antreten. Unter den sogenannten "Hill Country"-Parteien, wird der Ceylon Workers Congress (CWC) die UNF unterstützen, während die UP-Country People's Front (UPF) möglicherweise der Tamil National Alliance (TNA) – einer

<sup>2</sup> Reports on election violence – Centre for Monitoring Election Violence (CMEV), Colombo.

<sup>3</sup> Ladshman Kadirgamar als Informations- und Kommunikationsminister; DM Jayaratne als Post- und Massenmedien-Kommunikationsminister.



Koalition von vier tamilischen Parteien – beitrifft.<sup>4</sup> Es wird ein Parlament, in welchem die Regierung nicht die parlamentarische Mehrheit innehat, erwartet. In diesem Fall wird die UNF mit der Unterstützung von TNA und SLMC rechnen. Vor dem Hintergrund der steigenden Lebenskosten, der industriellen Veränderungen, der zunehmenden Kriminalität und den ausbleibenden Ergebnissen des Friedensprozesses steht der UNF eine schwere Wahl bevor.

Wenn die UPFA (Allianz von JVP, PA und SLFP) die Wahlen gewinnt, ist jeglicher Fortschritt im Friedensprozess unwahrscheinlich und eine Rückkehr zur Gewalt realistisch. Gewinnt die UNF, kann sie den Friedensprozess ebenfalls nicht vorantreiben, da ihr die Präsidentin feindlich gesinnt ist und diese offenbar den Obersten Gerichtshof hinter sich hat.

Die wirtschaftliche Erholung nach dem Waffenstillstand wurde durch den Machtkampf der Regierung in Mitleidenschaft gezogen. Das srilankische Joint Business Forum verweist darauf, dass die politische Krise sich negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirkt und warnt vor einer grossen Liquiditätskrise, weil der Fluss an ausländischen Investitionen und Hilfgeldern ernsthaft beeinträchtigt wurde.

## 2 Sicherheitssituation

### 2.1 Hochsicherheitszonen

Im November 2002 wurde für die Problematik der Hochsicherheitszonen (HSZ) und der militärischen Gebäudebesetzung im Norden und Osten von Sri Lanka ein Ausschuss für Deeskalation und Normalisierung (SDN) eingesetzt. Dieser Ausschuss sollte unter Berücksichtigung der Sicherheitsbedürfnisse beider Parteien die Rückkehr und Wiederansiedlung von Flüchtlingen sicherstellen. Gemäss dem Waffenstillstandsabkommen hätte das Militär die besetzten Gebäude innerhalb von 140 Tagen nach Unterzeichnen des Vertrages räumen sollen. Da dies nicht geschah, sorgen die HSZ weiterhin für Spannungen im Nordosten.

In Jaffna können sich wegen den HSZ ca. 90'000 intern vertriebene Personen nicht wiederansiedeln. Es gibt 15 HSZ auf der Halbinsel, die eine Fläche von 160 km<sup>2</sup> oder 18 Prozent der Landfläche einnehmen. Beinahe 30'000 Häuser und mehr als 42'000 Hektar kultivierbares Land befinden sich in diesen Zonen. Zusätzlich gibt es mehr als 200 Militärstützpunkte, die ebenfalls Sicherheitszonen sind. Am 13.12.03 – veranlasst durch eine Petition des Parlamentariers Mavai Senathirajah – beauftragte der oberste Gerichtshof den Generalstaatsanwalt, sich mit der Legalität der Hochsicherheitszonen zu befassen.

### 2.2 Fonseka-Bericht

Die Arbeit des Ausschusses für Deeskalation und Normalisierung (SDN) kam im Dezember 2002 zu einem Stillstand, nachdem der Militär-Befehlshaber von Jaffna, Sarath Fonseka, von den LTTE die Niederlegung ihrer Waffen verlangte. In einem detaillierten Bericht verwies er darauf, dass die humanitären Anliegen – die Rückkehr der Vertriebenen – zwar

---

<sup>4</sup> Die TNA wurde am 20.10.2001 gebildet und setzt sich zusammen aus den Tamil United Liberation Front (TULF), der Selvam Faction of the Eelam People's Revolutionary Liberation Front (EPRLF), All Ceylon Tamil Congress (ACTC) und der Tamil eelam Liberation Organisation (TELO).

wichtig seien, aber Veränderungen der HSZ nicht einen politischen Aufruhr im Süden Sri Lankas auslösen dürften. Gemäss Fonseka würde die Wiederansiedlung von Zivilpersonen in Hochsicherheitszonen den LTTE Gelegenheit bieten, Waffen in die Wiederansiedlungsgebiete zu bringen und dadurch eine Bedrohung für das srilankische Militär darzustellen.

Im Dezember 2002 verkündeten die LTTE, sie würden nicht den Rückzug der Sicherheitskräfte aus dem Nordosten, sondern nur den Abbau militärischer Stützpunkte in dichtbevölkerten Gegenden verlangen. Die srilankische Regierung bat den pensionierten indischen General Satish Nambiar, beratend bezüglich der HSZ tätig zu werden. Dieser schlug in seinem Bericht vom 09.05.03 vor, die HSZ der Armee und die Militärstützpunkte der LTTE simultan unter Beaufsichtigung internationaler Beobachter abzubauen. Schwere Waffen von Armee und LTTE sollen nur in bestimmten Gegenden erlaubt sein, wo sie von der SLMM inspiziert werden können.

Seit dem Waffenstillstand haben staatliche Sicherheitskräfte viele LTTE-Kader wegen bewaffnetem Betreten von Gebieten unter Armeekontrolle verhaftet. Umgekehrt haben die LTTE Polizisten und Soldaten wegen bewaffnetem Betreten von LTTE-Gebieten festgenommen.

### 2.3 Die Anerkennung der Sea Tigers

Im April 2003 schlugen die LTTE vor, dass die Sea Tigers (LTTE-Seestreitkräfte) der srilankischen Marine gleichgestellt werden und sie einen Trainings- und Übungsplatz an der Küste im Nordosten von Jaffna bis Trincomalee erhalten (abgegrenzt durch eine 200 Seemeilen lange Kontrolllinie). Die SLMM betonte, ein Ausgleich der Kräfte sei entscheidend für die Aufrechterhaltung des Friedens und empfahl am 20.04.03, die Sea Tigers als de facto Marine anzuerkennen, sie aber unter Anwendung des Antiterrorismugesetzes (Prevention of Terrorism Act, PTA) von einigen Regelungen auszuschliessen.<sup>5</sup> Für diesen Vorschlag kam die SLMM in Indien und Sri Lanka stark unter Beschuss. Am 06.05.03 teilte Premierminister Wickremasinghe dem Parlament mit, dass der pensionierte indische Marineadmiral PJ Jacob die Regierung zu Fragen des Waffenstillstands auf See beraten werde.

Zusammenstösse zwischen der Marine und den Sea Tigers setzten sich fort. Elf Sea Tigers starben, als die srilankische Marine ein Schiff am 10.03.03 an der Mullaitivu-Küste versenkte. Die SLMM kritisierte beide Parteien und verlangte nach Sicherheitskontrollen. Am 14.06.03 griff die srilankische Marine ein weiteres Schiff der LTTE an, die MT Shoshin, welche wieder vor der Küste des Mullaitivu Distrikts versank und weitere elf Personen das Leben kostete. Laut Presseberichten sollen diese zwei Angriffe von der Oberbefehlshaberin der Streitkräfte, Präsidentin Kumaratunga, angeordnet und der Verteidigungsminister Tilak Marapane erst nach dem Ereignis informiert worden sein. Die SLMM kam zum Schluss, dass die srilankische Marine gemäss UN-Konvention des internationalen Seerechtes dazu befugt gewesen war, das LTTE-Schiff zu stoppen und zu inspizieren. Die LTTE hätten die Konvention verletzt, weil sie nicht korrekt geflaggt hatten.

---

<sup>5</sup> Die SLMM bezog sich dabei auf die Prevention of Terrorism Regulations No.6 of 2001, welche den Gebrauch von Booten mit Aussenboot-Motoren mit mehr als 10 PS in den 8 Distrikten des Nordosten und der Kalpitiya Gegend im Puttalam District verbieten.



## 2.4 Die Rolle Indiens

Indien ist vor allem darüber besorgt, dass gemäss LTTE-Vorschlag vom Oktober 2003 die Kontrolle über See- und Küstenwache des Nordostens an die ISGA (LTTE-Interimsverwaltung) gehen sollte. Der Einbezug von indischen Militäroffizieren als Berater in Sri Lanka scheint auf diese Besorgnis zurückzugehen. Die Tamil National Alliance beschuldigte Indien, der PA und der JVP Unterstützung in Geheimdienstinformationen anzubieten, um den Friedensprozess zu destabilisieren. Die LTTE kritisierten auch die Vereinbarung für Zusammenarbeit in der Verteidigung zwischen Indien und Sri Lanka, nach der Indien Colombo militärische Ausrüstung und Training zusagte. Der Chefunterhändler der LTTE, Anton Balasingham, wies Norwegen darauf hin, dass eine solche Vereinbarung das Kräftegleichgewicht zuungunsten der LTTE verschieben könnte und die srilankische Führung zu einer harten Haltung gegenüber den Tamilen ermutigen würde. Er stellte die Vermutung auf, dass das Abkommen Teil des "internationalen Sicherheitsnetzes" von Wickremasinghe zum Einbezug externer Kräfte sei. Am 30.01.04 schloss die Regierung von Sri Lanka einen Verteidigungspakt mit Russland ab.

## 2.5 Weitreichende Aufklärungspatrouillen (Long Range Patrols)

Der militärische Geheimdienst der srilankischen Regierung (Military Intelligence, DMI) hat Aufklärungspatrouillen (Long Range Reconnaissance Patrol, LRRP) vor allem zur Aufdeckung von Infiltration und Sabotage in LTTE-Gebieten eingesetzt. In den Truppen sind auch tamilische Mitglieder von anderen militanten Gruppen mit dabei. Die LTTE beschuldigen die LRRP der Ermordung mehrerer hochrangiger LTTE-Vertreter, einschliesslich Shanker, den Vertrauten des Tigers-Chefs Prabhakaran. Die Ermordung von Inspektor Sunil Thabrew, dem Vorsitzenden der Aufklärungspatrouillen, im Juni 2003 in der Dehiwela Polizeistation in Colombo wird als Vergeltungsakt betrachtet. Gemäss den LTTE haben sich seit dem Waffenstillstand auch Regierungsspione als Auftragnehmer und Arbeiter in neuen Projekten in Vanni niedergelassen.

## 2.6 Religiöse Intoleranz

Besorgnis erregen die zunehmenden Angriffe auf Christen im Süden von Sri Lanka. Die Christen machen ca. 7 Prozent der Bevölkerung aus. Buddhistische Nationalisten werfen der christlichen Kirche Bekehrungsversuche und Mitwirkung am Tod des buddhistischen Mönchs Ven Gangodawila Soma Thera vor, der im Dezember in Moskau einem Herzanfall erlag. Er war ein ausdrücklicher Kritiker von Bekehrungsversuchen. Laut dem Evangelischen Bündnis wurden von Januar 2003 bis Ende Januar 2004 136 christliche Stätten und 56 Kirchen angegriffen. Am 08.02.04 wurde das Büro der christlichen Menschenrechtsorganisation World Vision in Anuradhapura bombardiert. Gemäss Professor Jayadeva Uyangoda von der Colombo University geht die Polizei nur zögerlich gegen die Angreifer vor, selbst wenn Beweise vorliegen.<sup>6</sup>

---

<sup>6</sup> An Ayodhya in the making in Lanka, by Dr Jayadeva Uyangoda – Daily Mirror, 30. Januar 2004.



## 3 Justizsystem

### 3.1 Die Justiz Sri Lankas

Das Justizsystem in Sri Lanka setzt sich zusammen aus drei erstinstanzlichen Gerichten, Amtsgericht (Magistrate's Court), Bezirksgericht (District Court) und Obergericht (High Court), zwei Appellationsgerichten, Berufungsgericht (Court of Appeal) und Oberstem Gerichtshof (Supreme Court). Seit der 17. Verfassungsrevision im Oktober 2001 kann die Präsidentin Berufungen bei beiden Appellationsgerichten nur noch empfehlen und ist verpflichtet, die vom Verfassungsrat bewilligten Richter zu ernennen.<sup>7</sup> Davor war nur sie zu Ernennungen ermächtigt. Präsidentin Kumaratunga setzte Sarath N. Silva als Vorsitzenden des obersten Gerichtshofes ein und übergab dabei andere hohe Richter. Die Präsidentin gab kürzlich zu, dass sie nach den Präsidentschaftswahlen 1999 zweimal vereidigt wurde, um ihre Amtszeit um ein Jahr zu verlängern. Der zweite Eid wurde geheim, in Gegenwart des Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs Sarath Silva, geleistet.<sup>8</sup> Der oberste Gerichtshof beschloss unter S. Silva am 04.11.03, dass die Verteidigung zum Aufgabenbereich der Präsidentin gehöre und der Verteidigungsminister keine Befugnisse zur Änderung von Verordnungen der Verteidigung besitze.

Im August 2001 kritisierte die Internationale Anwalts Vereinigung (IBA) die Justiz Sri Lankas wegen fehlender Wahrnehmung von Verantwortlichkeiten und dem Bruch rechtsstaatlicher Prinzipien. Die IBA äusserte sich besorgt darüber, dass ausgerechnet die Institutionen zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit – Präsidentin, Regierung und oberster Richter – diese untergraben. Der UN-Sonderbeauftragte für die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten, Dato Param Cumaraswamy, sprach im Juli 2003 von einer zunehmenden Korruption im srilankischen Rechtssystem. Er kritisierte den obersten Gerichtshof im Februar 2003 scharf, weil dieser dem Lehrer Michael Fernando den Prozess verweigerte.

### 3.2 Justizsystem

Die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung fällt in die Verantwortung der srilankischen Polizei. Sie umfasst 80'000 Personen und wird der Korruption und krimineller Aktivitäten beschuldigt. Sie soll auch mit einigen der 51'000 Soldaten, die bewaffnet aus der Armee desertiert sind, zusammenarbeiten. Gemäss einem Bericht des Graduate Institute of International Studies sind viele Deserteure in das organisierte Verbrechen verwickelt, in Auftrags- und Rachemorde, grossangelegte Raubüberfälle, Erpressung und illegalen Waffenhandel.<sup>9</sup> Berichten zufolge werden diese Verbrechernetzwerke von Politikern und höheren Polizeioffizieren gedeckt – letztere kamen zum Teil erst durch kriminelle Banden in ihre Position. Kürzlich wurde entdeckt, dass Waffen aus Polizeibeständen unter Kriminellen zirkulieren. Internationale und nationale Menschenrechtsorganisationen sind äusserst besorgt über die Involvierung der Polizei in Folteraktivitäten.<sup>10</sup>

<sup>7</sup> Article 41C. Die 17. Änderung wurde am 3. Oktober 2001 in Kraft gesetzt.

<sup>8</sup> Nach der Sunday Times von Colombo (21.12.2003) fand die erste Vereidigung am 22. Dezember 1999, die zweite am 11. November 2000 statt.

<sup>9</sup> In the Shadow of a ceasefire: The impacts of small arms availability and misuse in Sri Lanka by Chris Smith – Occasional Paper No 11, Small Arms Survey, Graduate Institute of International Studies, Genf, Oktober 2003.

<sup>10</sup> *Special report on torture in Sri Lanka* – Asian Human Rights Commission, Oktober 2002.



Durch die polizeiliche und politische Unterstützung sind die Verbrecherbanden kühner geworden und haben zu einem Anstieg der Kriminalitätsrate einschliesslich der Anzahl politischer Morde geführt. Das PA-Mitglied und Minister der Südprovinz R. Ranjit wurde am 25.05.03 vor dem Hauptsitz des Police Criminal Investigation Department (CID) im Zentrum Colombos erschossen. Es gab 1282 Morde im Jahr 2002 und 1387 Morde im Jahr 2003. Auch Gerichte sind zu gefährlichen Aufenthaltsorten geworden. Am 29.01.04 wurde versucht, den vorsitzenden Amtsrichter des MT Lavinia Gerichtshofes in Colombo zu töten. Im gleichen Monat wurde ein Mitglied des organisierten Verbrechens, Dhammika Amerasinghe, auf dem Gelände des Amtsgerichtes ermordet.

### 3.3 Die LTTE-Administration

Die LTTE haben ein eigenes Polizei- und Rechtssystem im Nordosten Sri Lankas aufgebaut. Der Friedensvorschlag der LTTE vom Oktober 2003 sieht vor, dass die ISGA (LTTE-Interimsverwaltung) die Kontrolle über das Justizsystem innehat. Die *Tamil Eelam* Polizei der Tigers wurde im Juni 1991 gegründet und wird vom pensionierten srilankischen Polizeioffizier P. Nadesan geführt. Sie ist noch nicht unabhängig vom militärischen Flügel der Tigers. Es gibt 16 Polizeistationen in Vanni. Nach dem Waffenstillstand eröffneten die LTTE weitere Polizeistationen in Batticaloa und Trincomalee.

Seit dem Waffenstillstand vom Februar 2002 haben die LTTE eine Vielzahl von Gerichten eröffnet: Es gibt sechs Bezirksgerichte (Kilinochchi, Vavuniva, Mannar, Mullaitivi, Trincomalee, Batticaloa) und Obergerichte in Kilinochchi und Mullaitivu<sup>11</sup>, ein Tamil Eelam Appellationsgericht in Kilinochchi und ein Spezialgericht, ähnlich dem srilankischen Obersten Gerichtshof, für letztinstanzliche Berufungen. Der Gerichtsvorsitzende E. Pararajasingham verweist darauf, dass die Gerichte 24'000 Fälle verhandelt und 20'000 Urteile gesprochen hätten.<sup>12</sup> Die Richter sind ehemalige LTTE-Kämpfer ohne juristische Ausbildung. Die LTTE haben ihr eigenes Gesetz eingeführt – Tamil Eelam Legal Code und Tamil Eelam Penal Code – und das tamilische Gewohnheitsrecht Thesavalamai der Tamilen in der Nordprovinz, das fester Bestandteil des srilankischen Rechts ist, verändert. Die LTTE-Gerichte sind nicht unabhängig, da die beiden Gesetze festhalten, dass die Gerichte unter der nationalen Führung der LTTE tätig sind. Die Zivilbevölkerung in den LTTE-kontrollierten Gebieten hat keine andere Wahl, als bei den Tamil Eelam Gerichten Gerechtigkeit zu suchen.

## 4 Menschenrechtssituation

### 4.1 Friedensprozess und Menschenrechte

Der internationale Menschenrechtsexperte Ian Martin wurde in den Friedensprozess im Dezember 2002 einbezogen. An der sechsten Sitzung der Friedensgespräche im März 2003 wurde er gebeten, drei Aspekte zu entwickeln: 1.) Eine Erklärung zu Menschenrechten zu entwerfen; 2.) Ein Menschenrechtstraining für Regierungsbeamte und LTTE-Kader zu planen; 3.) Vorschläge zur Stärkung der Menschenrechts-Kommission zu machen. Während der Friedensgespräche wurde offensichtlich, dass die Konfliktparteien Widerstän-

<sup>11</sup> Ein *Tamil Eelam Law College* wurde 1991 gegründet, *Tamil Eelam Judiciary* in Vanni Mitte 1993.

<sup>12</sup> *Tamil Eelam judiciary a basis for re-building north-east – TamilNet*, 30.10.03.

de hatten, Menschenrechte in den Vordergrund zu stellen. Menschenrechtsverletzungen von beiden Seiten setzten sich auch nach dem Waffenstillstandsabkommen fort. Zwischen Februar 2002 und Ende Dezember 2003 erhielt die Sri Lanka Monitoring Mission (SLMM) 3'617 Beschwerden über Verstösse der LTTE und 768 der Regierungskräfte. Nach der Beurteilung der SLMM waren während dieser Periode 1'545 Verstösse durch die LTTE und 147 durch die Regierungstruppen verübt worden. Diese Verletzungen beinhalteten Einschüchterung, Folter, Entführung von Erwachsenen und Kindern sowie die Rekrutierung von Kindern.<sup>13</sup>

## 4.2 Menschenrechts-Institutionen

Obwohl der oberste Gerichtshof die ausschliessliche Zuständigkeit in der Rechtsprechung zu Grundrechten hat, kann er lediglich Entschädigung für Verstösse anordnen, nicht aber die Verursacher bestrafen. Das Mandat der SLMM erlaubt die Untersuchung von Verstössen gegen das Waffenstillstandsabkommen. Es gibt viele Fälle, in denen die SLMM es unterlassen hat, Massnahmen einzuleiten oder abschliessend zu entscheiden. Die LTTE haben sich trotz einer Anordnung der SLMM geweigert, die Militärbasis in Kurangupanchan bei Trincomalee abzubauen. Nach dem Abkommen sind die weiteren für den Gesetzesvollzug zuständigen Behörden von Strafuntersuchungen ausgeschlossen, die unter den Geltungsbereich des Abkommens fallen. Viele Verstösse bleiben so unregistriert und bestraflos. Zudem ist die SLMM im Kilinochchi- und Mullaitivu-Distrikt nicht präsent.

Die srilankische Menschenrechtskommission (HRC) ist schwach und unfähig, den benötigten Schutz zu garantieren. Das Gesetz, das die HRC einsetzt, benötigt Verbesserungen, um ihr sowohl Glaubwürdigkeit als auch effektive Macht zu geben. Nötig sind auch angemessene Finanzierung, finanzielle Unabhängigkeit und die Kompetenz, Entscheidungen zu vollziehen.<sup>14</sup> Die Arbeit der HRC benötigt bessere Überprüfbarkeit, um ihre Integrität und Unabhängigkeit zu gewährleisten.

## 4.3 Antiterrorgesetz: Prevention of Terrorism Act (PTA)

Das UN-Menschenrechtskomitee äusserte im November 2003, dass Opfer von Menschenrechtsverletzungen sich scheuen, Beschwerden vorzubringen oder aber bedroht und dadurch abgehalten wurden, ein Rechtsmittel zu ergreifen. Das Komitee äusserte auch die Besorgnis, dass die Bestimmungen des PTA, die mit der Internationalen Konvention über die zivilen und politischen Rechte unvereinbar sind, immer noch in Kraft sind, obwohl das Waffenstillstandsabkommen besagt, dass keine Verhaftungen nach dem PTA vorgenommen werden dürfen.<sup>15</sup> Diese Bestimmungen des PTA enthalten Festnahmen ohne Haftbefehl, Inhaftierungen bis zu 18 Monaten ohne gerichtliche Überprüfung, auch fehlen Regelungen, die es erlauben, sich gegen eine solche Inhaftierung zu wehren. Der PTA definiert nicht "den Terrorismus", der zur Verhaftung aufgrund zweifelhafter Gründe führt. Er kennt keine Sicherheitsleistung, schliesst ein Ermessen der Gerichte aus, gestattet Geständnisse gegenüber der Polizei als zulässigen Beweis bei Gericht, was die Sicherheitskräfte dazu bringt, Folter einzusetzen, um Geständnisse zu erzwingen.

---

<sup>13</sup> *Summary of recorded complaints and violations from all districts - 2002 and 2003* – SLMM.

<sup>14</sup> Die HRC aufgrund des Gesetzes über die Menschenrechtskommission von Sri Lanka, Act No. 21, 1996 eingesetzt. Zusätzliche Bestimmungen finden sich im 17. Zusatz der Verfassung.

<sup>15</sup> Concluding observations of the UN Human Rights Committee on the fourth and fifth reports of Sri Lanka at its 2164<sup>th</sup> meeting – 06.11.03.

## 4.4 Festnahme und Haft

Nach der Ermordung des Polizeiinspektors Sunil Thabrew von der Terrorist Investigation Division (TID) am 23.06.03 in Dehiwela fanden Razzien und Massenverhaftungen in Colombo und in den umgebenden Regionen statt. Die Polizei errichtete 14 Checkpoints in der Hauptstadt, nahm 500 Tamilen fest und behielt 18 in Haft. Tamilische Häuser, Geschäfte und Fahrzeuge wurden durchsucht. Parlamentsmitglieder der TNA verurteilten, dass die tamilische Gemeinschaft in menschenrechtswidriger Weise zum Ziel dieser Massnahmen gemacht werde.<sup>16</sup> Am 14. und 15.07.03 wurden 70 Tamilen in der Hauptstadt in Gewahrsam genommen, weil sie keine Ausweise (NIC) auf sich hatten.

K. Renganathan, der nach einer Haft aufgrund des PTA vor drei Jahren freigelassen worden war, wurde am 04.07.03 ohne weitere Begründung wieder inhaftiert. Die Polizei nimmt an, dass mehrere LTTE-Einheiten Colombo infiltriert haben und für verschiedene Mordanschläge verantwortlich sind.<sup>17</sup> Es sind noch immer 60 Männer aufgrund des PTA im Kalutara-Gefängnis und sechs Frauen im Colombo-Gefängnis. Die meisten von ihnen sind Langzeitgefangene trotz der Versprechen des Generalstaatsanwalts, die Fälle rasch an die Hand zu nehmen. S. Lingaratnam ist seit elf Jahren ohne Gerichtsverfahren im Gefängnis.

Parlamentsmitglieder haben sich gegenüber dem Premierminister über Verhaftungen in Batticaloa und Trincomalee durch mutmassliche Mitglieder der Geheimdienste in Colombo beklagt. Die Verhafteten wurden in "weissen Vans", vor dem Waffenstillstand "Kennzeichen" der Todesschwadronen, abtransportiert. Verwandte haben die HRC informiert, dass sie keinerlei Informationen über die Gründe der Verhaftungen oder den Aufenthaltsort der Verhafteten erhielten. Vor Juli 2001 boten die präsidialen Weisungen nach den Bestimmungen über den Ausnahmezustand (Emergency Regulations) einen gewissen Schutz, indem die Polizei den Verhafteten Haftbestätigungen, die den Grund für und den Ort der Verhaftung angaben, aushändigte und der HRC Informationen lieferte. Nach Juli 2001 setzten sich Festnahme und Haft der LTTE-Verdächtigen gemäss dem PTA fort. Das Waffenstillstands-Abkommen sorgt dafür, dass Verhaftungen nach allgemeinem Recht – Criminal Procedure Act (CPC) – und nicht nach dem PTA erfolgen.

Nach dem CPC ist die Polizei nicht verpflichtet, die Verwandten oder den HRC zu informieren. Nach diesen Bestimmungen muss ein Verdächtiger vor dem Magistrates Court innerhalb von 24 Stunden vorgeführt werden; dabei wird die Zeit der Reise vom Ort der Verhaftung zum Gericht nicht gerechnet.<sup>18</sup> Doch verlangt der CPC nicht, dass Verdächtige vor dem Gericht erscheinen müssen, das für das Gebiet zuständig ist, in dem die Verhaftung stattfand. Einige im Nord-Osten verhaftete Personen werden erst nach einigen Tagen vor Gericht gebracht und die Polizei behauptet jeweils, dass die Verspätung auf die Reisedauer zurückzuführen sei.

## 4.5 Folter

Das UN-Menschenrechtskomitee äusserte im November 2003 seine Besorgnis bezüglich fortlaufenden Berichten über die Folterung von Verhafteten durch die Polizei und die Armee.<sup>19</sup> Obwohl ein Gesetz, die Urheber der Folter zu bestrafen, im Jahr 1994<sup>20</sup> eingeführt

---

<sup>16</sup> *Sri Lanka Monitor*, June 2003.

<sup>17</sup> *Report on fact-finding visit to Sri Lanka – 2<sup>nd</sup>-15.08.03* – Dr Anthony Good, University of Edinburgh, UK.

<sup>18</sup> Section 37.

<sup>19</sup> UN Human Rights Committee, op.cit.



wurde, wurde bis heute noch niemand wegen Folter verurteilt. Der Oberste Gerichtshof hat Folteropfern in vielen Fällen Entschädigungen zugesprochen und hat den Generalstaatsanwalt aufgefordert, Täter vor Gericht zu stellen. In einem Fall ungesetzlicher Verhaftung hat der Gerichtshof eine Entschädigung von 800'000 Rupien (8420 US Dollar) und der Arztkosten zugesprochen und dabei festgestellt, dass die Zahl der Beschwerden über Folter und entwürdigende Behandlung in Polizeistationen nicht abgenommen hat.<sup>21</sup>

Die HRC analysierte 718 Beschwerden über Folter in den Jahren 2000 und 2001 und kam zum Schluss, dass in 402 Fällen Folter in Polizeistationen stattfand und dass in 372 die Opfer die Täter identifizierten.<sup>22</sup> Das Polizei Departement hat es versäumt, nennenswerte Schritte gegen die Identifizierten einzuleiten und der Generalstaatsanwalt hat nur in wenigen Fällen Untersuchungen eingeleitet. Das UN Komitee drückte sein Bedauern darüber aus, dass die Mehrheit der gegen Polizei- oder Armeekräfte eingereichten Anklagen wegen Entführung, ungesetzlicher Freiheitsberaubung und Folter aus Beweismangel oder wegen Unerreichbarkeit von Zeugen nicht erfolgreich waren.

Gemäss Angaben der Asiatischen Menschenrechtskommission (AHRC) wurde Galin Sanjeeva, der von der Kadawatte Polizei im Gampaha Bezirk verhaftet worden war, am 28.08.03 tot aufgefunden. Der sechzigjährige Loku Bandara wurde ebenfalls nach seiner Verhaftung durch die Maturata Polizei im Nuwara Eliya Bezirk am 28.08.03 tot gefunden. Die Polizei in Katugastota verhaftete Ramanpilla Asokan am 06.09.03 und folterte ihn schwer. Die Polizei in Matale verhaftete Saman Priyankara am 05.01.04 und folterte ihn, indem sie kochendes Wasser über seine Genitalien schüttete.<sup>23</sup> Auch die Welt Organisation gegen Folter (OMCT) berichtete, dass Minderjährige in srilankischen Polizeistationen gefoltert wurden und dass Polizisten offensichtlich vollständig straflos blieben. Der 17-jährige Chamila Bandara sagte vor dem UN Menschenrechtskomitee im November 2003 zur Folter aus, die er seitens der Ankumbura Polizei in Kandy erlitten hatte.<sup>24</sup>

Drei Soldaten wurden am 26.08.03 wegen versuchter Vergewaltigung einer Frau in Inbaruty in Jaffna angeklagt. Zwei weitere Soldaten wurden der versuchten Vergewaltigung des 19-jährigen Anthony Majula am 09.10.03 in Point Pedro beschuldigt. Zwei Polizisten wurden angeklagt, am 23.10.03 eine tamilische Frau mit Namen Selvarajah, 32, in Uyilankulam im Mannar Distrikt vergewaltigt zu haben. Angeführt vom Bischof Rayappu Joseph aus Mannar demonstrierten über tausend Personen und verlangten, dass gegen die Täter vorgegangen wird.

## 4.6 Verschwindenlassen

Präsidiale Kommissionen für die drei Zonen und eine für die ganze Insel untersuchten 37'662 Fälle von Verschwindenlassen, die zwischen Januar 1988 und Dezember 1995 stattgefunden hatten und fanden Beweise in 21'115 Fällen. In diesen Fällen, in denen die Kommissionen die Namen des für das Verschwindenlassen verantwortlichen Sicherheitspersonals berichtet hatten, wurden keine weiteren Schritte eingeleitet. Die meisten von ihnen

---

<sup>20</sup> Convention Against Torture or Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment Act of 1994.

<sup>21</sup> *Sri Lanka Monitor*, March 2003.

<sup>22</sup> *Final report on project monitoring and raising awareness about torture* – Human rights Commission Sri Lanka, May 2003.

<sup>23</sup> *Urgent Appeal 26 January 2004* - Asian Human Rights Commission (AHRC).

<sup>24</sup> *Sri Lanka: OMCT presents a report on state violence to the United Nations Human Rights Committee* – World Organisation Against Torture (OMCT), 03.11.03.



behielten ihre Posten im Militär und trugen so zum Klima der Straflosigkeit bei. Weitere 16'742 Beschwerden wurden nicht untersucht. Das HCR von Sri Lanka hat festgehalten, dass es keine Information über 46 Personen gibt, die in den Batticaloa- und Amparai-Distrikten im Jahr 2002 verschwunden sind.

Die PA-Regierung gestattete der Kommission keine Untersuchung von Fällen von Verschwindenlassen, die seit 1995 stattgefunden haben, insbesondere nicht das Verschwinden von 540 Tamilen in der Folge der Eroberung von Jaffna durch die Armee, obwohl in den Chemmani Massengräbern menschliche Überreste gefunden wurden. Es ist auch sehr unwahrscheinlich, dass das zuständige Einmann-Komitee wirklich dazu beitragen würde, dass die Täter zur Verantwortung gezogen werden.

Die frühere PA-Regierung und die aktuelle UNF-Regierung haben keine Schritte zur Umsetzung der Empfehlungen der UN-Arbeitsgruppe zum Verschwindenlassen eingeleitet. Diese beinhalteten: 1.) die Revision des PTA, um ihn in Übereinstimmung mit internationalen Standards zu bringen; 2.) den Akt des Verschwindenlassens als separaten Tatbestand ins srilankische Gesetz aufzunehmen; 3.) Anstrengungen zu unternehmen, um die Täter vor Gericht zu bringen; 4.) die Familien der Opfer zu entschädigen; und 5.) ein Verbot des Verschwindenlassens als Grundrecht in die Verfassung aufzunehmen.<sup>25</sup> Die LTTE und andere militante Tamilengruppen sind ebenfalls verantwortlich für zahlreiche Fälle des Verschwindenlassens.

#### **4.7 Angriffe auf Zivilpersonen**

Die Spezial Task Force der Polizei (STF) erschoss am 9. Oktober 2002 sieben zivile tamilische Demonstranten, welche den Abbau des Militär-Camps im Amparai Distrikt verlangten. Dem folgten Granatenangriffe auf Tamilen im Trincomalee Distrikt, bei denen drei Personen getötet wurden. Die Sicherheitskräfte im Nord-Osten verübten auch nach Inkrafttreten des Waffenstillstands viele Angriffe auf Zivilpersonen. Neun Personen wurden verletzt, als Soldaten in Nelliady (Jaffna) am 10. Dezember 2002 auf Demonstranten schossen. Soldaten liefen am 17.03.03 in Mirusuvi (Jaffna), Amok und griffen Menschen im Ketpali Projekt an, verletzten zwei Personen und versuchten, eine Frau zu vergewaltigen. Zwanzig Personen wurden verwundet, als Soldaten am 22.10.03 Zivilpersonen in Munai bei Point Pedro angriffen. Nachdem ein Soldat am 11.12.03 einen Busfahrer mit Schüssen schwer verwundete, führte ein Generalstreik in Jaffna zum völligen Stillstand des öffentlichen Lebens.

#### **4.8 Verstöße der LTTE**

Die LTTE kontrollieren weite Bereiche Nord-Ost Sri Lankas und die Bevölkerung dieser Gebiete ist ebenso wie in den regierungskontrollierten Gebieten unter starkem Anpassungsdruck. Da Meinungsfreiheit praktisch inexistent ist, wagen die Menschen nicht, ihre Einstellung zu äussern. Institutionen wurden aufgefordert, im Nord-Westen keinerlei Programme ohne Zustimmung der LTTE durchzuführen.

Zudem haben mutmassliche LTTE-Attentäter gezielte Ermordungen sowohl in den LTTE-kontrollierten wie in den von der Armee besetzten Gebieten verübt. Seit dem Waffenstillstand wurden rund 50 Personen getötet, weitere 60 wurden verletzt und Hunderte bedroht. Die Ziele der LTTE sind Mitglieder anderer tamilischer Gruppen und Tamilen, die mit den

---

<sup>25</sup> Report of the Working Group on Enforced or Involuntary Disappearances, 21.12.99, E/CN.4/2000/64/Add.1.



staatlichen Sicherheitsdiensten zusammenarbeiten. Die Büros dieser Gruppierungen wurden regelrecht mit Granaten beschossen. Das hat zur Tötung von LTTE-Mitgliedern, -Helfern und zu Attacken auf deren Büros geführt. Das hochrangige EPRLF-Mitglied Thambirasa Subathiran wurde in Jaffna-Stadt am 14.06.03 ermordet. TELO's Subramaniam Kirubakaran wurde in Batticaloa am 04.10.03 erschossen.<sup>26</sup> Nach Presseberichten wurde ein EPDP-Mitglied von den LTTE in Jaffna am 29.12.03 entführt, als er von einem EPDP Stützpunkt auf der Kayts-Insel für eine medizinische Behandlung auf das Festland kam. Im August 2003 verurteilten Amnesty International und Human Rights Watch die LTTE für die Verletzung des Waffenstillstands und systematische Menschenrechtsverletzung und riefen den SLMM an, die Tötungen zu untersuchen.<sup>27</sup>

## 4.9 Rekrutierung von Kindern

Die LTTE haben die Rekrutierung von Kindern fortgesetzt, trotz Abmachungen vom Mai 1998 mit dem UN Repräsentanten für Kinder im bewaffneten Konflikt und vom März 2003 mit UNICEF. Die SLMM teilt mit, dass sie mehr als 80 Beschwerden über Rekrutierungen im Oktober 2003 erhalten hat, dem Monat, in dem ein Rehabilitationszentrum für Kindersoldaten in Vanni eröffnet wurde. Wenige ehemalige Kindersoldaten wurden von den LTTE in das Zentrum gesandt. Nach UNICEF-Meldungen vom 22.10.04 rekrutierte die LTTE im Jahr 2003 709 Kinder und entliess 202 ins Rehabilitationszentrum oder zu den Eltern. Es gibt immer noch mindestens 1301 Kinder, die für die LTTE arbeiten. Die LTTE rekrutierten 1'722 Kinder seit dem Waffenstillstandabkommen vom Februar 2002 und unterzog 1'252 intensivem militärischem Training. Die UN Agentur für Kinder im bewaffneten Konflikt hat die LTTE aufgefordert, alle Kindersoldaten unverzüglich zu entlassen.<sup>28</sup> Die LTTE haben abgestritten, eine grosse Zahl von Kindern in ihrem Gewahrsam zu haben.

## 4.10 Muslime

Muslime, die aus der Nordprovinz von der LTTE im Oktober 1990 vertrieben wurden und gegenwärtig in Camps in Puttalam und anderen Distrikten leben, widersetzen sich einer Rückkehr in ihre Heimatregionen ohne klare Sicherheitsgarantien der LTTE. Es gab Attacken auf Muslime. Muslimische Geschäftsleute wurden von den LTTE unter Forderung von Lösegeld entführt, besonders im Osten. Die LTTE setzen Gespräche mit örtlichen Muslim-Führern fort, aber gegenüber den Motiven der LTTE herrscht weiterhin Misstrauen.

Vor allem im Hinblick auf die Unsicherheit, die die LTTE-Massaker unter Muslimen in den Neunzigerjahren verursachten, haben Muslim-Führer die Bildung einer dezentralen politischen Einheit in der Ostprovinz verlangt. Die LTTE sind gegen eine solche Forderung und teilten im Dezember 2003 mit, dass sie das Memorandum of Understanding (MOU) mit dem Sri Lanka Muslim Congress (SLMC) aufkündigen.<sup>29</sup> Das MOU sah die Wiederansiedlung von 65'000 durch die LTTE vertriebenen Muslimen vor, die Rückgabe von Ackerland an Muslime, Sicherheit für Muslime in tamilisch dominierten Gebieten und die Beteiligung einer gesonderten Muslim-Delegation am Friedensprozess. Seit Beginn des Waffenstillstands be-

<sup>26</sup> *Peacemakers retreat amidst power struggle* - Sri Lanka Project briefing, 12.12.03.

<sup>27</sup> *Sri Lanka: Political killings during the ceasefire* - Human Rights Watch, 07.08.03.

<sup>28</sup> *Progress report calls for 'increased commitment' to improve the lives of Sri Lanka's children* - UNICEF, [www.unicef.org](http://www.unicef.org).

<sup>29</sup> SLMC-Führer Rauf Hakeem und LTTE-Chef V Prabhakaran unterzeichneten das MOU am 13.04.02.



stehen Spannungen zwischen Tamilen und Muslimen in der Ost-Provinz, besonders in Trincomalee und viele Personen, sowohl Muslime als auch Tamilen wurden getötet.<sup>30</sup>

#### 4.11 LTTE-Steuern

In Regionen unter ihrer Kontrolle erheben die LTTE Steuern zusätzlich zu den Regierungssteuern. Alles Material, das in die LTTE-Gebiete eingeführt wird, wird besteuert mit Ausnahme persönlicher Gegenstände und Haushaltsgüter, die von Regierungs- und NGO-Angestellten mitgebracht oder transferiert werden, sowie Güter derjenigen, die einen ständigen Wohnsitz in den LTTE-Gebieten begründen wollen. Die Steuerfüsse variieren von 5 Prozent bis 25 Prozent. Es gibt eine 25 Prozent-Steuer auf elektronische Artikel und Baumaterial und 10 Prozent auf Landwirtschaftsgeräte und auf Kerosin. Im Januar 2004 versuchten die LTTE eine Steuer auf Treibstoff zu erheben, der von der Petroleum-Gesellschaft in den regierungskontrollierten Gebieten im Batticaloa-Distrikt geliefert wurden.<sup>31</sup>

#### 4.12 Bewegungsfreiheit

In den regierungskontrollierten Gebieten des Nordostens haben die Sicherheitskräfte seit dem Waffenstillstand neue Checkpoints und neue Lager errichtet. Während Suchaktionen in Colombo und Umgebung errichten die Sicherheitskräfte Checkpoints. Vierzehn Checkpoints wurden während Operationen in der Hauptstadt im Juni 2003 installiert. Diese und die Hochsicherheitszonen haben die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung eingeschränkt. Auch die LTTE haben in ihren Gebieten Zonen bestimmt, zu denen Zivilpersonen keinen Zugang haben.

Um das LTTE-kontrollierte Vanni zu betreten, sind Bewilligungen erforderlich, was enorme Wartezeiten mit sich bringt. Es dauert zwei bis drei Stunden, um eine Bewilligung am Checkpoint in Puliyankulam zu erhalten, wenn man auf der Vavuniya-Jaffna A9-Strasse fahren will und mehr als 6 Stunden werden benötigt, um einen Pass für eine Reise in die Vanni-Region zu bekommen. Diese Bewilligungen erlauben lediglich den Besuch der bezeichneten Orte. Ausländische Tamilen müssen eine gesonderte Befragung am Checkpoint über sich ergehen lassen und ein Formular mit Angaben zu Adressen und Beschäftigung unterzeichnen. Am Checkpoint müssen ein ausländischer Besucher 1000 Rs (11 US Dollar) und ein lokaler Besucher 100 Rs bezahlen.

Die Fischer im Nordosten haben unter den Einschränkungen der Bewegungsfreiheit zu leiden. Verschiedene Regelungen, die unter dem Terrorismus-Gesetz (PTA) getroffen wurden, bleiben in Kraft. Verbotene Zonen erstrecken sich von Hambantota im Süden über Trincomalee und Jaffna bis Puttalam im Westen und erstrecken sich auf die gesamte Küste der Nordost-Provinz. Weder Personen noch Schiffe können ohne Bewilligung in diese Zone gelangen.<sup>32</sup> Diese Einschränkungen wurden in den neuen PTA-Regelungen bekräftigt, die nach dem Waffenstillstandabkommen eingeführt wurden.<sup>33</sup> Obwohl das Fischen an verschiedenen Orten gestattet wird, sind Küstenzonen beiderseits der Militärbasen auf eine Meile und in Richtung Meer auf zwei Meilen verbotene Zonen. Wegen der riesigen Zahl von

<sup>30</sup> *Peacemakers retreat amidst power struggle* – Sri Lanka Project Briefing, 12.12.03.

<sup>31</sup> *Public outcry compels LTTE to stop fuel levy* – Lanka Academic, 13.01.04.

<sup>32</sup> Prevention of Terrorism (Prohibited Zone) Regulations No 8 of 2001 – Government Gazette No 1193/31 of 21.07.01.

<sup>33</sup> Prevention of Terrorism Act (restricted Zones) Regulation No. 1 of 2002 dated 23.05.02.



Militärbasen gehört der grössere Teil des Jaffna-Küstenstreifens zu den verbotenen Zonen.<sup>34</sup>

## 5 Humanitäre Lage

### 5.1 Unterausschuss für sofortige humanitäre Hilfe und Wiederherstellung (SIHRN)

An der Tokio-Geberkonferenz im Juni 2003 bestätigte die internationale Gemeinschaft ihre Zusage zur Unterstützung des Friedensprozesses, indem sie 4.5 Milliarden US Dollar für den Wiederaufbau des Nordosten Sri Lankas versprach. Aus der Tokio-Deklaration wird aber auch ersichtlich, dass parallel zum Wiederaufbau Fortschritte im Friedensprozess erfolgen müssen. Erhebliche Fortschritte im Wiederaufbau sind unter den gegebenen Umständen jedoch unwahrscheinlich. Seit sich die LTTE im April 2003 von den Friedensgesprächen zurückgezogen haben, ist die Arbeit des Unterausschusses für sofortige humanitäre Hilfe und Wiederherstellung (SIHRN) zu einem Stillstand gekommen. Die LTTE erklärte, die SIHRN sei inakzeptabel ohne gesetzliche Grundlage. Sie spiele keine Rolle für die Zukunft.

### 5.2 Intern Vertriebene und Flüchtlinge

Seit dem Waffenstillstand haben circa 800'000 intern Vertriebene Unterstützung von der Regierung erhalten. NGOs schätzen die Gesamtzahl der intern Vertriebenen aber auf circa eine Million. UNHCR schätzt, dass 917'000 Sri Lanki in 50 Ländern Asyl gesucht haben. 115'000 davon gingen nach Indien, von diesen 115'000 sind 65'000 in Lagern im südindischen Tamil Nadu untergebracht. Bis Ende Dezember 2003 sind laut UNHCR 335'656 Personen in ihre Heimat zurückgekehrt, 4'610 davon aus Indien.<sup>35</sup> Viele wollen nicht zurückkehren, weil Rückkehrende mit schwerwiegenden Problemen konfrontiert werden. Es fehlt ihnen vor allem an Sicherheit, sei diese körperlicher, materieller oder gesetzlicher Natur. Der Organisation "Refugees International" zufolge wollen die Flüchtlinge aus den indischen Lagern nicht zurückkehren, weil es keine politische Regelung des Konflikts gegeben hat, ihre Wohnorte in den militärischen Hochsicherheitszonen liegen oder sie die militärische Rekrutierung ihrer Kinder durch die LTTE fürchten.<sup>36</sup>

In Sri Lanka gibt es derzeit 396'076 intern Vertriebene, die Unterstützung von der Regierung empfangen – 93'630 in den Flüchtlingslagern und 302'446 bei Freunden oder Verwandten. 80 Prozent von ihnen befinden sich in den Nordostbezirken. Laut Schätzungen der Regierung gibt es auf der Halbinsel Jaffna ca. 25'770 Witwen, von denen 90 Prozent zu wenig Nahrung, Kleidung und Medizin für ihre Kinder haben.<sup>37</sup> UNICEF schätzt, dass im Nordosten 50'000 Kinder ohne Schulbildung und ungefähr 140'000 von ihren Häusern vertrieben sind. Allein im Jahre 2003 haben Landminen 20 Kinder getötet und 17 Kinder entstellt.<sup>38</sup>

<sup>34</sup> Report of Dr Anthony Good, op.cit.

<sup>35</sup> *Summary of returns of internally displaced persons within Sri Lanka* – UNHCR and Ministry of Rehabilitation.

<sup>36</sup> *Sri Lankan refugees in India: Hesitant to return* – Refugees International Bulletin, 21.01.04.

<sup>37</sup> *Sri Lanka Monitor*, May 2003.

<sup>38</sup> UNICEF, op.cit.

Aufgrund der enormen Probleme, die mit der Wiederansiedlung der Rückkehrenden und dem Mangel an Mitteln verbunden sind, entschied sich die srilankische Regierung für eine pragmatische Politik. Diese sieht vor, zuerst die intern Vertriebenen wieder anzusiedeln, dann die Rückkehrenden aus Indien aufzunehmen und anschliessend Flüchtlinge aus anderen Ländern im Rahmen eines freiwilligen Rückkehrprogramms zu empfangen.<sup>39</sup>

### 5.3 Bedürfnisse der Rückkehrenden

Die Bedürfnisse im Nordosten wurden von internationalen Organisationen eingeschätzt. Von 400 Institutionen der Gesundheitsversorgung (Krankenhäuser etc.) im Nordosten sind 55 total zerstört und 49 nicht betriebsfähig. Von den 9'542 Stellen im Gesundheitssektor sind 3'251 (34 Prozent) nicht besetzt. Spitälern mangelt es an Medikamenten und Nahrung. Frauen und Kinder sind unterernährt. Es besteht die Gefahr, dass Wassermangel und fehlende Hygieneeinrichtungen Krankheiten verursachen.

Dem Schulwesen fehlen 4'650 tamilische und 240 singhalesische MittelstufenlehrerInnen. Ungefähr 15'000 Klassenräume in 500 Schulen wurden beschädigt oder zerstört. Dies erfordert bis zu 521'000 m<sup>2</sup> zusätzlichen, neuen Raum, Inventar, Computer-Ausstattung, Labore und Möbel. Um die 326'700 Häuser sind beschädigt worden und fast 58 Prozent von ihnen sind nicht mehr bewohnbar. Fast 84 Prozent (144'890) der Häuser von intern Vertriebenen befinden sich im Nordosten und 90 Prozent dieser Häuser wurden während des Konfliktes beschädigt. Circa 12'000 bis 15'000 beschädigte Häuser gehören Flüchtlingen in Indien.

Nur 10-15 Prozent der Strassenbeläge im Nordosten sind noch intakt. Drei der vier Bahnlinien weisen starke Schäden auf und die fünf Schiffshäfen benötigen ebenfalls Reparaturen und Ausbau, um wieder auf zeitgemässen Stand gebracht zu werden. Kapazitätsmangel und der schlechte Strassenzustand gehören zu den Hauptbeschränkungen, die intern Vertriebene am Zugang zu Dienstleistungen, Beschäftigung, Ausbildung und Gesundheitsversorgung hindern. Der Nordosten benötigt 700'000 Festnetzverbindungen in den kommenden fünf Jahren. 90 Prozent des Elektrizitätssystems im Norden wurden beschädigt, in Vavuniya 70 Prozent und in Mannar 50 Prozent. Die Systeme in Mullaitivu und in Kilinochchi sind total zerstört. Insgesamt 323'700 Hektar Land im Nordosten müssen bewässert werden, jedoch sind über 30 Prozent der 2'398 Wasserbehälter sanierungsbedürftig. Die Tiere von Bauern starben in grossen Mengen, was zu einer Abnahme der Milch-, Fleisch- und Eierproduktion führte. Ungefähr 12'000 Häuser, Boote und Bootsmotoren von Fischern sind zerstört worden und die jährliche Fischproduktion ist fast um 40 Prozent gesunken.<sup>40</sup>

### 5.4 Die Problematik der Landminen

Landminen und Blindgänger beeinträchtigen die Wiederansiedlung im Nordosten ebenfalls. Sie stellen nicht nur für die Rückkehrenden eine Gefahr dar, sondern bedrohen auch die humanitären Hilfsorganisationen vor Ort und behindern dadurch die Wiederaufbauarbeit. Schätzungen zur Häufigkeit von Landminen im Nordosten schwanken zwischen einer und drei Millionen. Jeden Monat fallen ihnen vier bis sieben Personen zum Opfer. Laut der UN

<sup>39</sup> Statement of Bradman Weerakoon, Secretary to the Sri Lankan Prime Minister, at the 53<sup>rd</sup> session of the Executive Committee of UNHCR, 01.10.02.

<sup>40</sup> *Sri Lanka: Assessment of needs in the conflict affected areas* – Prepared with the support of the Asian Development Bank, United Nations and World Bank on the request of SIHRN, May 2003.



wurden insgesamt 107 Personen durch Landminen getötet und 794 verwundet.<sup>41</sup> Allein 2002 gab 65 Landminen-Opfer in Jaffna, 30 Prozent davon waren Kinder. Organisationen zur Säuberung von Landminen haben Schwierigkeiten, Informationen und Landkarten zu den Landminen zu erhalten.<sup>42</sup>

## 5.5 Rechtliche Probleme

Rückkehrende sehen sich auch vielen rechtlichen Problemen gegenüber. So können Land und Häuser von zurückkehrenden Flüchtlingen von anderen Personen bewohnt sein. Unter geltendem Recht können die "Besetzer" einen Eigentumsanspruch auf das Haus erheben, wenn sie 10 Jahre lang ununterbrochen (unrechtmässige) Besitzer der Liegenschaft gewesen sind. Es kommt auch vor, dass Dokumente zum Landbesitz während der Flucht oder durch die Zerstörung von Häusern verloren gegangen sind. In einigen Gebieten wurden auch Grundbuchämter zerstört. Ohne Sterbeurkunden kann es für Nachfahren schwierig sein, testamentarische Verfahren einzuleiten. Auch gewaltsame Enteignungen haben stattgefunden. Es gibt Hunderte von Waisen, die nichts von ihren Eigentumsrechten wissen oder nicht imstande sind, sie auszuüben.<sup>43</sup>

## 6 Schluss

Am 20.01.04 verschob der für die Wahlen zuständige Kommissar die Lokalwahlen in sieben der acht nordöstlichen Distrikte auf den 23.10.04, weil für die Rückkehr zuständigen Beamten Sicherheitsbedenken äusserten.<sup>44</sup> Am srilankischen Unabhängigkeitstag, dem 04.02.04 beging die Bevölkerung im Nordosten einen Tag der Trauer und eine Gruppe intern Vertriebener begann mit einem Hungerstreik in Jaffna und verlangte in ihre Dörfer in den Hochsicherheitszonen zurückkehren zu dürfen. Die SLFP/JVP-Allianz und das Aufleben des singhalesisch-buddhistischen Nationalismus haben unter der tamilischen Bevölkerung grosse Angst ausgelöst und von Gewalt geprägte Wahlen stehen bevor. Das sind Anzeichen, dass die Situation in Sri Lanka von Normalität weit entfernt ist. Während eine politische Krise die Rückkehr zu Friedensverhandlungen verhindert, gehen die Menschenrechtsverletzungen im Nordosten und im Süden weiter. Die Erfahrungen mit dem Waffenstillstand zeigen, dass sich die Verbesserung der Menschenrechtssituation ohne politische Lösung und dauerhaften Frieden extrem schwierig gestaltet.

---

<sup>41</sup> *ibid.*

<sup>42</sup> *Explosive remnants of war in Sri Lanka* – Landmine Action (London), May 2003.

<sup>43</sup> *Legal analysis of property issues affecting internally displaced persons and refugees in Sri Lanka* – UNHCR, January 2003

<sup>44</sup> Die Lokalwahlen waren für den 21. Februar 2004 vorgesehen, sind jedoch auf den 23.10.04 verschoben worden.



# Anhang 1

## Abkürzungen

ACTC	All Ceylon Tamil Congress
AHRC	Asian Human Rights Commission
CID	Criminal Investigation Department
CP	Communist Party of Sri Lanka
CPC	Code of Criminal Procedure Act
CWC	Ceylon Workers Congress
DMI	Directorate of Military Intelligence
EPDP	Eelam People's Democratic Party
EPRLF	Eelam People's Revolutionary Liberation Front
HRC	Human Rights Commission of Sri Lanka
HSZ	High security zone
IBA	International Bar Association
ICCPR	International Covenant on Civil and Political Rights
IDP	Internally displaced persons
ISGA	Interim Self-governing Authority
JVP	People's Liberation Front (Janatha Vimukthi Peramuna)
LRRP	Long Range Reconnaissance Patrols
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
LSSP	Lanka Equal Rights Party (Lanka Sama Samaja Pakshaya)
MEP	People's United Front (Mahajana Eksath Peramuna)
MOU	Memorandum of Understanding
NGO	Non-governmental organisation
NIC	National Identity Cards
NUA	National Unity Alliance
OMCT	World Organisation Against Torture
PA	People's Alliance
PTA	Prevention of Terrorism Act
SDN	Sub-Committee on De-escalation and Normalization
SIHRN	Sub-Committee on Humanitarian and Rehabilitation Needs
SLFP	Sri Lanka Freedom Party
SLMC	Sri Lanka Muslim Congress
STF	Special Task Force (police)
SLMM	Sri Lanka Monitoring Mission
TELO	Tamil Eelam Liberation Organisation
TID	Terrorist Investigation Division
TNA	Tamil National Alliance
TULF	Tamil United Liberation Front
UNF	United National Front
UPF	Up Country People's Front
UPFA	United People's Freedom Alliance





SPH OSAR